

VS - Nur für den Dienstgebrauch
Ortez Nr. 70 vom 13.12.1989

012-9-312.74 VS-NfD

Ortez zum Europäischen Rat am 08./09.12.1989 in Straßburg

I.

Der Europäische Rat (ER) in Straßburg - deutsche Teilnehmer BK Kohl und BM Genscher - war nach überwiegend unkontroverser Verlauf eine bemerkenswert erfolgreiche Tagung. Sie brachte u. a. die Festlegung des Beginns der Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die Verabschiedung der Sozialcharta (beides mit Mehrheit ohne GB), neue Impulse für wichtige Bereiche des Binnenmarkts und der Begleitmaßnahmen beim Abbau der Grenzkontrollen sowie Grundsatzbeschlüsse für die EG-Außenbeziehungen, vor allem gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten. Im außenpolitischen Teil (EPZ) lag der Schwerpunkt der Beratungen bei den Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa und der deutschen Frage.

II.

Im einzelnen:

1. WWU: Nachdem in den letzten Tagen vor dem ER gewisse Mißverständnisse über die deutsche Position aufgekommen waren, die eine enge deutsch-französische Abstimmung auslöste, einigten sich elf Delegationen (also weit mehr als die erforderliche Mehrheit von sieben) in Straßburg rasch darauf, daß die Regierungskonferenz zur Änderung des EWG-Vertrags im Hinblick auf die Endphasen der WWU vor Ende 1990 - d. h. im Dezember 1990 - auf Einladung der italienischen Regierung (dann EG-Präsidentschaft) zusammentritt. Die Zwischenzeit soll intensiv genutzt werden, um - wie auf dem ER Madrid vereinbart -, die Konferenz umfassend und angemessen vorzubereiten; am 1. Juli 1990 wird die erste Stufe der WWU beginnen. Aus deutscher Sicht wird es darauf ankommen, inhaltliche Grundprinzipien unserer Position - u. a. Unabhängigkeit des

Europäischen Zentralbanksystems, dauerhafte Sicherung der Geldwertstabilität, Sicherung der Haushaltsdisziplin - von Anfang an möglichst wirksam zu verankern.

Der Bundeskanzler hat auf die Notwendigkeit hingewiesen, bei der Vertragsänderung den institutionellen Fragen, insbesondere der Stärkung der Rechte des EP vor dessen Neuwahl Mitte 1994 besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Tagesordnung und Zeitplan, also auch die Dauer der Konferenz, werden von dieser selbst festgelegt werden. PM Thatcher hat erklärt, GB werde - trotz seiner in Straßburg geäußerten Vorbehalte - bei der Konferenz voll und konstruktiv mitarbeiten.

2. Sozialcharta: Die vom Sozialministerrat ausgearbeitete "Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer" wurde 11:1 (ablehnend GB) verabschiedet. Für die Ausgestaltung der sozialen Dimension des Binnenmarkts wird es nun entscheidend auf die verbindlichen Einzelmaßnahmen in dem jüngst von der Kommission vorgeschlagenen Aktionsprogramm ankommen. Dafür ist allerdings nur zum Teil die Gemeinschaft zuständig (ansonsten die Mitgliedstaaten).
3. Binnenmarkt: Nach einer Rückschau auf die Fortschritte unter französischer Präsidentschaft greift der ER Bereiche auf, in denen er vom Rat Beschlüsse erwartet: u. a. bei Finanzdienstleistungen, im öffentlichen Beschaffungswesen, in Verkehrsfragen und bei der für die Abschaffung der Personengrenzkontrollen wichtigen Frage der Mitführung von Waren für den persönlichen Bedarf.
4. Die vor einem Jahr vom ER Rhodos eingesetzten Koordinatoren für die Begleitmaßnahmen bei der Aufhebung der Grenzkontrollen ermutigt der ER für ihre weitere Arbeit. Insbesondere sollen die im Entwurf vorliegenden Übereinkommen über Asylrecht, Visa-Erteilung und Überschreiten der Außengrenzen spätestens Ende 1990 abgeschlossen werden.
5. Seine Aussagen zu den EG-Außenbeziehungen konzentriert der ER diesmal auf die Nachbarn der Gemeinschaft: EFTA-, mittel- und osteuropäische und Mittelmeer-Länder. Neben Grundsatzpo-

sitionen und der Bilanz der gegenseitigen Beziehungen stechen dabei neue Beschlüsse hervor, die der ER zu Mittel- und Osteuropa gefaßt hat:

- An Polen sollen über das Nahrungsmittelhilfsprogramm I weitere Agrarerzeugnisse geliefert werden,
- der Antrag der SU auf Beobachterstatus beim GATT wird grundsätzlich unterstützt,
- Staatsangehörigen dieser Länder soll die Beteiligung an Bildungs- und Ausbildungsprogrammen der Gemeinschaften ermöglicht werden. Anfang 1990 soll darüber hinaus für diesen Personenkreis eine "Europäische Stiftung für die berufliche Bildung" errichtet werden,
- der ER hat die Schaffung einer "Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung" gebilligt, die Investitionen in diesen Ländern fördern soll. Als Träger ist neben der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten sowie den EFTA-Staaten an die mittel- und osteuropäischen Staaten selbst sowie an andere außereuropäische Industrieländer wie USA, JPN etc. gedacht,
- der ER hat sich für ein Ein Milliarden ECU-Darlehen der EG an Ungarn ausgesprochen.

6. Im außenpolitischen Teil (EPZ) lag der Schwerpunkt der Beratungen bei den Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa. Die Erklärung des ER zu diesem Thema ist als eine deutliche Botschaft der Ermutigung und Unterstützung der Reformprozesse in Mittel-Ost-Europa angelegt. Für eine solche Linie hatte sich BM in der Vorbereitung (Ministertreffen 27.11.) nachdrücklich eingesetzt.

Es gelang, die Kernaussage aus dem "Brief zur deutschen Einheit" in die Erklärung zu übernehmen. Der gesamte Absatz entspricht unserer Politik der Einbettung der deutschen Frage in europäische Strukturen und ihrer untrennbaren Verbindung mit der Zukunft Europas. Die Erklärung bringt zum Ausdruck: Es wird keine deutschen Alleingänge geben, die Bundesrepublik Deutschland bleibt fest integriert in die EG. Die Erklärung hebt zu Recht die Bedeutung hervor, die der KSZE-Schlußakte mit allen ihren Prinzipien und dem Helsinki-Prozeß zukommen. Wir sind uns mit unseren Partnern darin einig, daß der gesamteuropäische Prozeß tatkräftig gefördert

werden muß. Wir haben die Partner daran erinnert, daß zu den Prinzipien der Helsinki SA auch das Prinzip der Grenzänderung ''durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung'' (peaceful change) gehört.

Hervorzuheben sind im übrigen die Aussagen zum jetzt geforderten Verantwortungsbewußtsein, zur Wahrung der Stabilität, die Versicherung, keine einseitigen Vorteile aus der gegenwärtigen Lage ziehen zu wollen und die Absichtserklärung zur Unterstützung der Reformstaaten (die im EG-Teil konkretisiert wird). Auf Wunsch von I wurde JUG in die Reihe der Adressaten verstärkter Zusammenarbeit aufgenommen. Uns lag daran, die Kennzeichnung der Gemeinschaft als Eckstein einer neuen europäischen Architektur mit einem Hinweis auf den Willen der Gemeinschaft zur Öffnung zu verbinden.

Weitere EPZ-Themen des ER: Naher Osten, südliches Afrika, Äthiopien, Chile, Zentralamerika. Nahost-Erklärung bekräftigt Position des ER Madrid (27.06.89) und erklärt Entschlossenheit, Hilfe für Bevölkerung in den israelisch besetzten Gebieten erheblich zu verstärken. Besondere Libanon-Erklärung unterstützt die ''libanesische Legalität'', d.h. den gewählten Präsidenten und seine Regierung. In kurzer Erklärung zur eur.-arab. Konferenz von Paris (21.-22.12.89) wird das Ziel bekräftigt, die Beziehungen zur arabischen Welt zu intensivieren. Erklärung zum südlichen Afrika enthält Bewertung der Entwicklungen in Namibia, Angola, Mosambik und Südafrika. GB legte Wert darauf, die Ausübung weiteren Drucks auf die SUA Regierung mit der Perspektive der Überprüfung dieser Haltung zu verbinden, wenn es Beweise dafür gibt, daß Veränderungen zur Beseitigung der Apartheid stattgefunden haben. Erklärung zu Äthiopien: Appell zur nationalen Aussöhnung, Bekräftigung der Bereitschaft der EG und MS zur Hilfe gegen die Hungersnot und Appell an alle Beteiligten, Hilfe für Dürreopfer nicht zu behindern. Chile: Erklärung zur bevorstehenden Präsidentschaftswahl, Rückkehr zum Rechtsstaat als hoffnungsvolle Entwicklung, Absicht von EG und MS, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Chiles beizutragen. - Auf griechischen Wunsch wurde in Schlußfolgerungen ein Zypern-Passus auf bekannter Linie eingefügt. Gelegenheit des ER wurde genutzt, um Presse auf inzwischen umfangreiche Aktivitäten der Zwölf im Menschenrechtsbereich aufmerksam zu machen.

III.

Bewertung

Vom ER Straßburg ist ein doppeltes Signal ausgegangen: das Signal der Integration (vor allem durch die Beschlüsse zur WWU und zur Sozialcharta) und das Signal der Kooperation (Verbesserung der West-Ost-Beziehungen und Einbettung der deutsch-deutschen Annäherung in die europäische Annäherung). Beide Elemente hängen zusammen: Die Gemeinschaft hat sich durch einen deutlichen Integrationsschub den Anforderungen gewachsen gezeigt, welche die neuen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa an ihren Zusammenhalt stellen. Die deutschen Verhandlungsziele wurden voll erreicht: mit der Bekräftigung der sozialen Verantwortung der Gemeinschaft, dem entschlossenen Schritt zur WWU und einer deutlichen Aussage zur Ostpolitik der Gemeinschaft, die eine Stellungnahme zur deutschen Frage mit umfaßt.

(410/200)

Bettzuege